



Vorschlag

gemäß der Geschäftsordnung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion

Nr.: **A 17/0052-01**

Status: öffentlich

Datum: 18.01.2017

Geschäftsführergehälter EVAG/MVG/VIA

**Vorschlag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.01.2017 für den
Hauptausschuss am 09.02.2017**

Beratungsfolge

Status	Gremium
--------	---------

Ö	Hauptausschuss
---	----------------

Beschlussvorschlag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Geschäftsführergehälter EVAG/MVG/VIA“ vor und bittet um einen diesbezüglichen Sachstandsbericht“

Dessen Bestandteil soll die Beantwortung folgender Fragen sein:

1. Hatte die Mülheimer Verwaltung vorab oder später Kenntnis von der (geplanten) Gehaltserhöhung der Geschäftsführer Feller und Bonan?
2. Wenn nein, warum funktionierten die Informationskanäle – Mülheim ist Fusionspartnerin – nicht?
3. Wenn ja, gab es diesbezügliche Meinungsäußerungen der Stadt?
4. Wenn ja, in welcher Richtung gingen sie?
5. Wie bewertet die Verwaltung die Gehaltsvereinbarungen?
6. Wer bezahlt das Gehalt des EVAG-Geschäftsführers Bonan?
7. Welches Gremium hat die Kriterien für die Zahlung von Boni festgelegt?
8. Welche Kriterien waren das in der Vergangenheit und sind das aktuell?
9. Welches Gremium entscheidet darüber, ob die Kriterien erfüllt sind und die Boni gezahlt werden?

Weiterhin bittet die Fraktion im Rahmen des Tagesordnungspunktes um Abstimmung folgenden Antrags:

Der Hauptausschuss bittet den Oberbürgermeister, auf die Geschäftsführung der EVAG/MVG dahingehend einzuwirken, die 2015 bei der EVAG erfolgte Abschaffung des Familientickets für Familienangehörige und der Jubiläumsgelder zurückzunehmen. Im Zuge der Fusion sollen keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden, die über die MVG-Betriebsvereinbarung 2033 hinausgehen

Begründung:

Angesichts der satten und nicht mehr revidierbaren Gehaltserhöhung der Herren EVAG-Geschäftsführer ist ein soziales Ungleichgewicht entstanden. Während den EVAG-Beschäftigten im Herbst 2015 kleine Vorteile gestrichen wurden, langten die Chefs ihr eigenes Gehalt betreffend Ende 2016 deutlich zu. Um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, ist die Rücknahme der 2015 verordneten Streichungen erforderlich.

So notwendig diese Maßnahme auch ist, kann sie doch nicht den Fehlstart des Fusionsversuches von EVAG und MVG wettmachen. Dessen Hauptantrieb waren die horrenden Defizite beider Nahverkehrsunternehmen. Durch die Fusion sollten Einsparungen erzielt werden. Insbesondere versprach man sich davon auch eine Reduzierung der Kosten des personellen Overheads. Dass es vorerst eine doppelte Geschäftsführung gibt, ist angesichts der Fusionssituation nachvollziehbar, nicht jedoch die damit verbundenen deutlichen Gehaltserhöhungen.

Tim Giesbert

Fraktionssprecher

Anlagen: